Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen.
Beilagen: Sonntags: eine illustrierte; wochentags: „Der Hausfreund“
Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich 1.60 Mk., frei Haus monatlich 0,60 Mk.
Durch die Post vierteljährlich 1,85 Mk., monatlich 0,70 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Reklamezeile 40 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Vereinbarung. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichtinnehaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von 20 bezw. 40 Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend.

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 17 | Freitag den 18. Januar 1918 | 36. Jahrgang

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

16. Januar. Bei Lens lebhafte Artillerietätigkeit. — Nördlich von Badonviller vorstoßende Franzosen drangen vorübergehend in unsere Gräben ein. — Zwischen Brenta und Piave starker Feuerkampf.

Die erste Henkersfuhre.

Die Winterpause bis zum Beginn der Entscheidungskämpfe auf den Schlachtfeldern will man in Frankreich mit einem neuen Zeitungsskandal ausfüllen. Das Volk muß ja beschäftigt, es muß unterhalten werden, sonst könnte es nachdenklich werden und an der glorreichen Führung der Herren Poincaré und Genossen, die es durchaus zum Weißbluten bringen wollen, allerlei auszusetzen finden. Und Herr Clemenceau versteht sich auf das Geschäft. Das kennt man schon von früher her. Der Skandal ist sein Lebenselement, ob er nun auf dem Redaktions- oder auf dem Ministerstuhl sitzt. Und mit Kleinigkeiten pflegt er sich nicht abzugeben; es muß schon zu Buch schlagen, was er unternimmt, denn umsonst zu arbeiten das überläßt er den armen Teufeln von Journalisten und Staatsmännern, die heute kommen und morgen gehen, ohne daß ein Hahn nach ihnen kräht.

Also ist der frühere Finanzminister und Ministerpräsident Caillaux ins Gefängnis geschleppt worden. Die Kammer hat ihn der Justiz preisgegeben, er selbst bat darum, nachdem einmal die Anklage gegen ihn erhoben worden war, und nun wird zunächst darüber entschieden werden, ob er dem Militärgericht oder dem Staatsgerichtshof überwiesen werden soll. Seine stärkste Rechtfertigung vor der Öffentlichkeit bestand darin, daß er der Regierung vorhalten konnte, sie stütze sich lediglich auf „olle Kamellen“, die schon dem Ministerpräsidenten Briand in die Hand gesteckt worden waren, ohne daß er imstande gewesen wäre, etwas gegen ihn zu veranlassen. Herr Clemenceau wußte darauf nichts rechtes zu erwidern. Jetzt aber hat er glücklich die neuen Tatsachen erwischt, deren er bedurfte, um das Fallbeil endlich herunterfallen zu lassen. In dem Geheimfach einer Florentiner Bank sollen geheime Aufzeichnungen aus der Zeit des — Agadirkonfliktes entdeckt worden sein, die keinen anderen als Herrn Caillaux zum Urheber haben und seine schwarze Seele rettungslos bloßstellen sollen. Man weiß zwar nicht recht: damals lebte Frankreich ja noch nicht im Kriege mit uns, von Hochverrat konnte also wohl nicht gut die Rede sein, wenn jemand es für nützlich gehalten haben sollte, seinem Lande den Frieden zu erhalten. Aber Herr Clemenceau weiß aus jeder Blüte Honig zu saugen; die Hauptsache ist, daß die Phantasie der Menge erregt wird: geheime Redereien mit den Männern des Kaisers, ein Geheimfach in einer ausländischen Bank, das sind gewiß höchst verdächtige Umstände, und es ist nicht mehr als recht und billig, wenn die Regierung zugreift. Aber noch mehr: außer den belastenden Schriftstücken sind auch Wertpapiere in Florenz gefunden worden, deren rechtmäßigen Erwerb Herr Caillaux erst nachzuweisen haben wird. Man denke: im Juli 1914 hat er sein Vermögen auf etwas über eine Million Frank beziffert, und jetzt, 3½ Jahre später, stellt sich heraus, daß der Mann inzwischen nicht ärmer, sondern reicher geworden ist! Wenn das nicht durchschlägt, dann läßt sich überhaupt kein Schuldbeweis mehr führen. Allerdings, es sind während des Krieges und zumeist auch durch den Krieg noch andere Leute reich geworden; Herr Clemenceau dürfte davon schon einmal gehört haben. Auch daß sie ihre Schätze in ausländischen Banken in Sicherheit bringen, und sei es nur um sie den neugierigen Blicken der heimischen Steuerbehörden zu entziehen, ist eine Erfahrung, die nicht gerade den Reiz der Neuheit besitzt. Aber was hilft's, die Regierung braucht Belastungsmaterial, wenn der Skandal, auf den es ihr ankommt, nicht schon im Entstehen in sich zusammenfinken soll. Und überdies: Das Schließfach in Florenz ging auf einen falschen Namen, auf einen gewissen Renouard — wenn das kein Schuldbeweis sein sollte, dann würde Herr Clemenceau die Welt nicht mehr verstehen. Nun, es gibt noch Richter in Frankreich, und die werden die Ehre der Justiz zu wahren haben. Als unbeteiligte Zuschauer können wir mit rein menschlichem Interesse zusehen, wie es der schon so oft mißhandelten Dame Gerechtigkeit diesmal in der Republik ergehen wird.

Aber davon wollen wir doch noch rechtzeitig Kenntnis nehmen, daß man in Frankreich selbst schon die Einleitung dieses Prozesses mit schweren Beklemmungen aufgenommen hat. In dem Kammerausschuß, der über die Aufhebung der Unverletzbarkeit gegen Caillaux zu beschließen hatte, erhob sich der sozialistische Abgeordnete Laurent und redete dem Ministerpräsidenten wie folgt ins Gewissen:

... Herr Ministerpräsident, Sie verstehen unsere Beklemmung. Man hat soeben auf ähnliche Fälle aus Friedenszeiten angespielt, aber heute sind wir im Krieg. Bedenken Sie unsere Lage! Wir sind elf Männer, die eine schwere Verantwortung auf sich zu nehmen haben. Wir werden der gerichtlichen Verfolgung gegen jede Person, die durch ihre Worte irgend welche Empfindlichkeit verletzt hat, Tür und Tor öffnen. Die Menge ist schon vorbereitet, Hinrichtungen zu verlangen. Das Publikum ist auf Ihrer Seite. Es fordert von Ihnen den Kopf der Herren Caillaux, Loustalots und vieler anderer. Nehmen Sie sich in acht! Ich versichere Sie, daß die öffentliche Meinung mit Ihnen ist und diese Exekutionen verlangt. Sie wird noch andere von Ihnen verlangen, denn da gibt es keine Grenze. Wir treten in eine Periode ein, die geeignet ist, uns zu beunruhigen. Wir werden mit einem Jakobinismus milderer Art anfangen, aber nach dem Urteil gegen Caillaux werden andere an die Reihe kommen .... Bald werden Sie, Herr Clemenceau, vielleicht nicht mehr am Ruder sein und dann wird man gegen Sie die gleiche Forderung stellen. Man hat dem Kriegsgericht einen Mann (Dreyfus) ausgeliefert, der unschuldig war und Sie selbst sind für ihn eingetreten. Er war unschuldig und die Kriegsgerichte haben ihn gleichwohl verurteilt. Wenn wir jetzt auf Grund des einfachen Geschwätzes, das uns mitgeteilt wurde, Caillaux und Loustalot irgendwelchen Kriegsgerichten ausliefern, so wissen Sie so gut wie ich, welches ihr Urteil sein wird. Unglücklicherweise sehe ich, daß Frankreich nicht mehr dem Krieg lebt, es lebt nur noch den Skandalen. Man verlangt die Exekution von dem und jenem, weil man mit Recht oder Unrecht uns allen die Verantwortung des Krieges zuschiebt. Wir sind es, gegen die das Volk sich richtet, das mit Vergnügen die Hinrichtung einiger von uns sehen würde. Deshalb möchte ich alle möglichen Garantien, bevor mit der ersten Henkersfuhre begonnen wird ...

Die Henkersfuhre ist bereitgestellt, aber Garantieen braucht Herr Clemenceau nicht. Die demokratische Republik muß auch ohne sie auskommen. Mit solchen Kleinigkeiten pflegt man sich nur in dem „despotisch“ regierten deutschen Reich aufzuhalten.

*

Neue Anklage gegen Caillaux.

Wie Pariser Blätter berichten, soll Caillaux bereits auf seiner Reise nach Argentinien, die er 1915 im Auftrage des damaligen Ministerpräsidenten Viviani unternahm, auf eine Verständigung mit Deutschland hingearbeitet haben. Der Beweis soll in einem Telegramm des Grafen Luxburg gefunden worden sein, dessen Wortlaut dem Pariser Untersuchungsgericht kürzlich von der Regierung der Vereinigten Staaten zugesandt worden sein soll. — In der französischen Kammer wies ein sozialistischer Abgeordneter darauf hin, daß gewisse Untersuchungen in Italien nicht in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht stattgefunden hätten. Eine Formalität sei unbeachtet gelassen worden, nämlich die Anwesenheit des Angeklagten. Dieser könne darum die Echtheit des ihn angeblich belastenden aufgefundenen Schriftstückes bestreiten. Ministerpräsident Clemenceau rechtfertigte das Vorgehen der Behörden, worauf der Regierung mit 369 gegen 105 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen wurde.

Artilleriekämpfe in Italien.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 16. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz. Bei und südlich von Lens war die Artillerietätigkeit gesteigert. In einzelnen Abschnitten Erkundungsgefechte; südöstlich von Ornes wurden Gefangene gemacht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Nach mehrstündiger Feuerwirkung stießen französische Abteilungen von Badonviller vor und drangen vorübergehend in unsere vorderen Gräben ein. Eigene Aufklärungstruppen brachten in den oberen Vogesen Gefangene ein.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Macedonische Front. Im Cerna-Bogen erhöhte Gefechtstätigkeit.

Italienische Front.

Zwischen Brenta und Piave vielfach lebhafter Feuerkampf, mit besonderer Heftigkeit im Gebiet des Monte Asolone. Die Italiener haben ihre erfolglosen Angriffe nur südlich vom Monte Fontana Secca wiederholt: sie wurden abgewiesen. In den Piave-Abschnitten nördlich vom Montello verstärkte sich das englische Artilleriefeuer.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 16. Jan. Generalfeldmarschall v. Hindenburg und der Erste Generalquartiermeister Ludendorff sind wieder im Hauptquartier eingetroffen.

Stockholm, 16. Jan. Die Entfernung der russischen Truppen aus Persien macht schnelle Fortschritte. Die russischen Truppen haben vor ihrem Abmarsch alles verwüstet.

Bern, 16. Jan. Der Hauptzweck der Pariser Konferenz ist nach italienischen Berichten eine ins einzelne gehende Erklärung der Kriegsziele der Westmächte.

Der Krieg zur See.

Ein feindlicher Zerstörer vernichtet.

Amtlich wird gemeldet: Neue U-Boot-Erfolge im Mittelmeer: ein englischer Zerstörer und 24000 Br.-Reg.-T. Handelsschiffsraum.

Am 30. Dezember hat eines unserer Unterseeboote, Kommandant Oberleutnant z. S. Obermüller, vor Alexandrien einen großen bewaffneten, durch Fischdampfer und Torpedobootzerstörer stark gesicherten, vollbesetzten Truppentransporter versenkt und darauf in kühnem Angriff den Zerstörer der Sicherung „U 08“ durch Torpedotreffer vernichtet.

Der Transporter hatte nach Beobachtung des U-Bootes anscheinend ausschließlich weiße Engländer an Bord. Unter den übrigen von unseren U-Booten versenkten Schiffen, von denen die meisten für Italien bzw. die Engländer im Orient Ladung hatten, befand sich ein weiterer bewaffneter, von Zerstörern gesicherter Transportdampfer von etwa 5000 Tonnen sowie zwei mittelgroße Dampfer, die aus Geleitzügen herausgeschossen wurden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Englische Eingeständnisse.

Lord Lambert äußerte auf einer Versammlung der Landwirte: Wenn die U-Bootsopfer der Schiffahrt weiter auf dem Stande von 30 % geblieben sind, so sind im Dezember mehr englische Schiffe versenkt worden, als im November. Im verflossenen Jahr wurden dreieinhalbmal soviel Schiffe versenkt, als gebaut wurden. Dies sind unheimliche Mitteilungen, aber ich habe sie aus guter Quelle. Die Aussichten für unsere Ernährung sind ernst; alle müssen sparen.

Kurland, Litauen und Polen.

Weiterverhandlung in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 16. Januar.

Zur Behandlung der Gebietsfragen hielt gestern die aus deutschen, österreichisch-ungarischen und russischen Vertretern zusammengesetzte Kommission ihre vierte Sitzung ab. Staatssekretär v. Kühlmann teilte bei Eröffnung mit, die verbündeten Regierungen seien zu dem Entschluß gekommen, die bestimmten Vorschläge der russischen Abordnung gleichfalls in bestimmter Fassung mündlich zu beantworten. Gegenüber dieser Art der Verhandlung halte er es aber für die Zukunft für besser, die Angelegenheiten durchzusprechen und nachher auf jeder Seite einen Herrn mit der Abfassung des Ergebnisses zu beauftragen.

Die Antwort der Mittelmächte,

die nunmehr verlesen wird, stellt fest, daß die Vorschläge der russischen Abordnung über die Entwickelung der Dinge in den von den Mittelmächten besetzten Gebieten Rußlands dermaßen von den Ansichten der verbündeten Mächte abweichen, daß diese **russischen Vorschläge als unannehmbar bezeichnet** werden müssen. Die russischen Vorschläge tragen nicht den Charakter des von den Mittelmächten angestrebten Vergleiches, sondern stellen sich vielmehr als **einseitige russische Forderung** dar. Die österreichisch-ungarische und die deutsche Abordnung wollen aber nochmals ihre Anschauungen über die schwebenden Fragen klar zum Ausdruck bringen, um **der angestrebten Übereinkunft eine Aussicht auf Verwirklichung** zu geben.

Bei der Frage nach den gegenwärtig von den Verbündeten besetzten Gebieten wäre zu unterscheiden zwischen folgenden zeitlichen Abschnitten:

1. Der Zeitpunkt zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und der Beendigung der russischen Demobilisierung,
2. Der Zeitpunkt zwischen dem russischen Frieden und dem allgemeinen Frieden,
3. Der Zeitpunkt des Übergangsstadiums für die neuen Völker, und
4. den endgültigen Zeitpunkt, in dem die neuen Staaten die volle Ausgestaltung ihrer Staatsorganisation durchführen.

Dabei ist nicht zu vergessen, daß für die Mittelmächte — im Gegensatz zu Rußland — mit dem Abschluß des Friedens mit Rußland kein allgemeiner Friede eintritt. Die Mittelmächte sind gezwungen, den Krieg mit den anderen Gegnern weiterzuführen.

Gegenüber der russischen Regierung erklären die verbündeten Abordnungen aufs neue, daß sie der Anschauung sind, die verfassungsmäßig zuständigen Organe in den neuen Staatsgebilden seien vorläufig als vollkommen befugt anzusehen, den Willen breiter Kreise der Bevölkerung auszudrücken.

Die Abordnungen der Verbündeten erkennen die russische Erklärung an, daß die russische Regierung den in Rede stehenden Gebieten keinerlei Schwierigkeiten bereiten will, und sie in keiner Weise nötigen will, zwangsweise im Rahmen des russischen Reiches zu verbleiben, sondern ihnen volle Freiheit der Selbstbestimmung, der inneren Staatseinrichtung und der internationalen Beziehungen zuerkennen. Es erhebt sich dabei die Frage, mit welchem Rechtsgrundsatz die gegenwärtige russische Regierung ihre Verpflichtung begründet, für die Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung dieser Gebiete bis zum äußersten, d. h. unter Umständen bis zur Fortsetzung des Krieges einzutreten. Falls die Bevölkerung der früher zum russischen Kaiserreich gehörigen Gebiete keinerlei

Pflichten gegen die nunmehrige russische Republik hat, ist nicht ersichtlich, worauf die russische Republik ihre Rechte und Pflichten gegen diese Bevölkerung gründet. Stellt man sich aber einmal auf den Standpunkt der russischen Abordnung, so sind in der Tat die Angelegenheiten, über die man Einigungsversuche anstreben müßte, die folgenden:

Umfang der Gebiete, politische Voraussetzungen für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts, Übergangsregiment und die Form der Willenserklärungen.

Zu diesen vier Hauptangelegenheiten wird von der deutschen und österreichisch-ungarischen Abordnung erklärt:

Zu Punkt 1. Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht stehe Nationen und nicht auch Teilen von Nationen zu, entspricht nicht unserer Auffassung des Selbstbestimmungsrechtes. Auch Teile von Nationen können Selbständigkeit und Absonderung rechtmäßig beschließen. Es ist hierbei keineswegs angenommen, daß die Okkupationsgrenze für die Abgrenzung dieser Teile maßgebend sein soll. Kurland, Litauen und Polen bilden, auch historisch angesehen, völkische Einheiten.

Deutschland und Österreich-Ungarn haben nicht die Absicht, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzuverleiben. Sie beabsichtigen nicht, die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, müssen aber sich und den Völkern der besetzten Gebiete für den Abschluß von Verträgen aller Art freie Hand behalten.

Zu Punkt 2. Was die Ausführungen hierzu betrifft, so gehen sie an dem grundlegenden Unterschied vorbei, auf den die verbündeten Abordnungen immer wieder hingewiesen haben.

Eine Zurückziehung der Heere ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich, jedoch kann angestrebt werden, die Truppen, falls es die militärischen Umstände gestatten, auf diejenige Zahl zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe im Lande unbedingt nötig ist. Die Bildung einer nationalen Gendarmerie kann angestrebt werden.

Was die Rückkehr der Flüchtlinge und der während des Krieges Fortgeführten betrifft, so wird wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall zugesagt. Diese Frage kann, da sie nicht von ausschlaggebender politischer Bedeutung ist, einer besonderen Kommission überwiesen werden.

Zu Punkt 3. Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug und bedarf der weiteren Aufhellung. Es ist aber ohne weiteres zuzugeben, daß mit der fortschreitenden Annäherung des allgemeinen Friedens den gewählten Vertretern der Bevölkerung des Landes in immer steigendem Umfange die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden soll.

Zu Punkt 4. **Die verbündeten Abordnungen sind grundsätzlich bereit zuzustimmen, daß eine Volksabstimmung auf breiter Grundlage die Beschlüsse über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete sanktionieren soll. Eine einseitige Festlegung auf ein Referendum (Gesamtabstimmung) erscheint unpraktisch.**

Auch die Abstimmung einer auf breiter Grundlage gewählten und ergänzten repräsentativen Körperschaft würde nach Anschauung der verbündeten Delegationen genügen. Es mag darauf hingewiesen werden, daß auch die von der Regierung der Volkskommissare anerkannten Staatenbildungen innerhalb des ehemaligen russischen Kaiserreiches, wie zum Beispiel der Ukraine und Finnlands, nicht im Wege eines Referendums, sondern durch Beschlüsse von auf breiter Grundlage gewählten Nationalversammlungen erfolgten.

Die Grenze des Entgegenkommens.

Nachdem so die Beantwortung im einzelnen genau für jeden Punkt gegeben war, fährt die Erklärung der Mittelmächte fort:

Von dem Wunsche beseelt, es neuerdings zu versuchen, zu einer Verständigung mit der russischen Regierung zu gelangen, haben die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns diese weitgehenden Vorschläge gemacht, fügen jedoch gleichzeitig hinzu, daß sie den äußersten Rahmen bilden, innerhalb dessen sie eine friedliche Verständigung noch erhoffen können.

Sie waren bei der Entwicklung dieser Grundsätze ebenso von der pflichtgemäßen Absicht durchdrungen, die eigene Wehrfähigkeit nicht schwächen zu lassen, solange der unselige Krieg noch fortgeht, als auch von der Intention einige Völker, die an ihr Gebiet angrenzen, instand zu setzen, endgültig und selbständig über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, ohne dabei in einen Zustand der äußersten Not, des Elends und der Verzweiflung zu geraten. Eine Verständigung zwischen Rußland und den Mittelmächten über diese schwierigen Fragen jedoch ist nur dann möglich, **wenn auch Rußland den ernstlichen Willen** zeigt, zu einer Vereinbarung gelangen zu wollen, und wenn es **anstatt des Versuches, einseitig Diktate aufzustellen,** sich bemüht, die Frage auch von der Gegenseite aus zu betrachten und **jenen Weg zu finden, der allein zu einem friedlichen Ergebnis führen kann.** Nur unter der Voraussetzung solcher Intentionen können die Delegationen der verbündeten Mächte noch an der Hoffnung einer friedlichen Beilegung des Konflikts festhalten.

Eine Rede Trotzkis.

Der russische Volkskommissar des Äußern Trotzki erklärte zunächst, er hoffe, daß die eben verlesene Antwort der Zentralmächte jedenfalls die Zweifel über die formalen Schwierigkeiten beseitigt habe, die für die russische Delegation durch die in der vorigen Sitzung gehaltene Rede des Generals Hoffmann entstanden wären. Die russische Delegation sei der Ansicht, daß sie im vorliegenden Falle Verhandlungen mit einer Partei führe, die verkörpert werde durch die deutsche Regierung. Trotzki wandte sich dann weiter gegen die Äußerungen des Generals Hoffmann und sagte, daß auch die russische Regierung auf der Macht fuße. Solange die Gesellschaft aus kämpfenden Klassen bestehe, solange werde sich die Macht der Regierung auf Kraft begründen und durch Gewalt ihre Herrschaft behaupten. Er müsse aber auf das bestimmteste gegen die Behauptung protestieren, daß seine Regierung jeden anders Denkenden für vogelfrei erkläre. Das, was die Regierung anderer Länder bei den Handlungen der russischen Regierung abstoße, sei die Richtung, in der sie von ihrer Macht Gebrauch mache und in der sie sich durch nichts beirren lasse. So hätten er und seine Freunde, als die rumänische Regierung versucht habe, auf russischem Gebiete Gewaltmaßregeln gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter anzuwenden, von hier aus der Petersburger Regierung vorgeschlagen, den rumänischen Gesandten, sein ganzes Gesandtschaftspersonal und die rumänische Militärmission zu verhaften, und sie hätten die Antwort erhalten, daß dies bereits geschehen sei.

Der Redner meinte weiter, was die von General Hoffmann gegebenen Beispiele beträfe, so charakterisierten sie in keiner Weise die russische Politik. In keiner Weise beschränke die russische Regierung das Recht der Ukraine auf Selbstbestimmung. In Bezug auf die von den Mittelmächten besetzten Gebiete glaubt der Redner den Schluß ziehen zu können, daß die Entscheidung des Schicksals dieser Gebiete erfolgen solle ohne Rücksicht darauf, ob das eigene Volk bereits im Stande sei, die Entscheidung in die eigene Hand zu nehmen. Bei den weiteren Verhandlungen, halte die russische Abordnung es für notwendig, gerade die Punkte in den Vordergrund zu stellen, die den Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten bilden und dies mit aller genügenden Entschlossenheit, weil nur in diesem Falle eine gerechte Lösung gefunden werden könne. Herr Trotzki schloß mit der Bemerkung, daß sich die russische Delegation selbstverständlich das Recht vorbehalte, eine genaue Äußerung abzugeben über den Charakter der Erklärungen, die heute verlesen worden seien.

Herrn v. Kühlmanns Erwiderung.

Der Staatssekretär kommt auf die Rede des Generals Hoffmann zurück und sagt: Die staatsrechtliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Herr Vorredner mit der genauen Kenntnis internationaler Verhältnisse, die er besitzt, vollkommen richtig charakterisiert. Der Herr Reichskanzler, der einzige verantwortliche Reichsminister, erteilt auf dem gesamten Gebiete der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgebenden Instruktionen. Übrigens ist es bei der engen politischen Übereinstimmung, in der ich mich mit dem Herrn General Hoffmann befinde, vollkommen selbstverständlich, daß

keinerlei Zwiespalt zwischen meinen und General Hoffmanns Auffassungen

besteht. Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Delegation ist, daß wir im Gegensatz zu ihr auf dem Vorhandenen aufbauen, daß wir ohne Bruch und gewaltsamen Übergang in jenen Gegenden ein geordnetes Staatsleben entstehen lassen wollen, und daß wir es ablehnen, aus reiner Liebedienerei gegen die Theorie erst einen luftleeren Raum zu schaffen und in einer bisher näher nicht bezeichneten Weise in diesem luftleeren Raum den Staat sich bilden zu lassen. Im übrigen nehme ich aber mit Befriedigung Notiz von den Ausführungen des Herrn Vorredners, daß er und seine Delegation nunmehr gesonnen sind, in die wirkliche Diskussion und Klärung der Einzelheiten der uns trennenden Auffassungen einzutreten. Jetzt schlage ich vor, uns an die weitere von der russischen Delegation vorgeschlagene Arbeitsmethode zu halten, um über die vier Punkte, wie sie in unsere Antwort aufgenommen worden sind, nun wirklich in die Detaildiskussion einzutreten. Ich hoffe, daß wir dann in wenigen Tagen so weit sind, mit voller Klarheit und in dem vollen Gefühl der Verantwortlichkeit zu sagen, ob die Schwierigkeiten überwunden werden können oder der hier gemachte Versuch aufgegeben werden muß.

Mittwoch Weiterverhandlung.

Herr Trotzki betont, daß er in der Frage der Zurückziehung der Truppen in keiner Weise der Ansicht des deutschen Vorsitzenden beitreten könne, daß angeblich die Entfernung der Besatzungstruppen hinter sich einen leeren Raum zurücklassen würde. Technische Schwierigkeiten könnten auch ohne Besatzungstruppen erledigt werden. Staatssekretär v. Kühlmann weist demgegenüber darauf hin, daß neben den technischen Gründen auch die Gründe der Sicherheit in den betreffenden Gegenden eine sehr gewichtige Rolle spielten. Sodann beantragte Herr v. Kühlmann, nunmehr über die von der russischen Delegation selbst vorgeschlagenen vier Punkte in der von ihr angeregten Ordnung in eine geschäftsmäßige Behandlung einzutreten. Nachdem sich Herr Trotzki diesem Vorschlag angeschlossen hatte, wurde die Sitzung beendet und die nächste Sitzung für Mittwoch anberaumt.

*

Ein bayerischer Vertreter in Brest-Litowsk.

Um den bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches nach außen zum Ausdruck zu bringen, wird Bayern fortan einen besonderen Vertreter zu den Friedensverhandlungen mit Rußland nach Brest-Litowsk entsenden. Zunächst wird sich der frühere bayerische Ministerpräsident Dr. Graf Podewils nach Berlin zu Besprechungen mit dem Auswärtigen Amt und dann nach Brest-Litowsk begeben.

In einigen Punkten Annäherung.

Brest-Litowsk, 16. Januar.

Heute wurden die gestern wieder aufgenommenen Besprechungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der territorialen und politischen Fragen fortgesetzt. Trotz der vorläufig noch starken Abweichungen in den Auffassungen der beiden verhandelnden Parteien konnte in einigen Punkten eine gewisse Annäherung festgestellt werden.

Ein kleiner Salomo.

Von Arthur Achleitner.

(Nachdruck verboten.)

Guschtävle war um Neujahr 16 Jahre alt und seit zwei Lenzen Lehrling beim oberen Bäckermeister eines schwäbischen Städtchens. Mit schwäbischer Intelligenz ausgerüstet, hatte Guschtävle es glücklich dahin gebracht, beim „Chef" ebenso wohlgelitten zu sein, wie bei der Meisterin. Und wegen notorischer Gutmütigkeit, allzeit gefällig und fügsam, stand der Lehrling auch gut mit den Kindern des Bäckerhauses, mit der Magd und dem etwas „zupflustigen" Gesellen. Letzterer bekam immer weniger Gelegenheit, Guschtävle an den Ohren zu zupfen, je tiefer der Lehrling in die Geheimnisse der Bäckereikünste eindrang. Nur einem Lebewesen im Hause brachte Guschtävle keine Sympathien entgegen, dem Hunde der Bäckersleute, und zwar aus Gründen, die im Schönheitsempfinden des Lehrlings lagen. Der Hund war ein entsetzliches Kreuzungsprodukt, über alle Maßen häßlich, ein sogenannter Dachspudelmops, so scheußlich, daß das Tier bei allen Hausbewohnern — Mitleid erregte. Nur nicht bei Guschtävle, der zwar dem Hunde nichts zuleide tat, ihm aber nie schmeicheln konnte. Was bei Lehrbuben sehr selten vorkommt, traf bei Guschtävle zu: der Bäckerlehrling war ein — Schönheitsfanatiker und konnte gelbe Augen bei Hunden nicht leiden. Der Dachspudelmops hatte ockerfarbige Augen, gelbe Zähne, semmelblonde Haare und eine malefizblonde Rute.

Am 3. Januar sollte der Dachspudelmops dem Gesetze entsprechend versteuert werden, und zwar zum Jahrespreise von neun Reichsmark. Über die Häßlichkeit des Tieres war die ganze Familie einig, ebenso über die Treue und Gutmütigkeit. Die Auffassungen gingen auseinander, da es — zahlen hieß. Der Hausvater entschloß sich, die neun Silberlinge zu opfern, und für diesen Entschluß dankten die Kinder. Die spareifrige Meisterin hingegen war der Meinung, daß neun Reichsmark Hundesteuer zuviel Geld für den alten und beispiellos häßlichen Dachspudelmops seien, und diese Summe sehr wohl und praktisch zum Ankauf von Küchengeschirr verwendet werden könnte. Die Andeutung, daß der unnütze Hund dem Wasenmeister übergeben werden müßte, rief Protest hervor und verdarb die Familienstimmung am Neujahrstage. Dank dem kurzen Gedächtnis junger Menschen war am 2. Januar der Anlaß zur Meinungsverschiedenheit bei den Kindern bereits vergessen. Der Hausvater hatte mit dem im Gasthause erworbenen „königstiger", einem kolossal entwickelten „Kater", zu kämpfen, beschäftigte sich intensiv mit Mitteln zur Vertreibung dieser „Haarweh" erzeugenden Bestie. Demgemäß war jede Erinnerung an Steuer und Dachspudelmops ausgetilgt. Hingegen erinnerte sich der Meister des alten Spruches: „Den größten Kater heilt laut Erfahrung Bier und saurer Harung." Also ging der Bäckermeister zum — Frühschöpple.

Als rührige und höfliche Geschäftsfrau mußte die Meisterin eine große Zahl von Neujahrsgratulationen „erledigen", die Glückwünsche und Besuche erwidern, den Weibern nach Brauch und Übung die Ohren schmerzlos wegschwätzen und die Bäckerei in empfehlende Erinnerung bringen, worüber der Tag so ziemlich verging, ohne die Spur eines Gedankens an den Dachspudelmops. An „Haarweh" litt an diesem Tage auch Guschtävle, der die Semmeln und Zeppelinweckle hatte anbrennen lassen und deshalb vom verkaterten Gesellen am Schopf „gezupft" worden war. Am 3. Januar ging alles wieder normal im Bäckerhause. Ein Nachbar fragte den Meister, ob die neun Silberlinge für den Dachspudelmops schon geopfert seien, und meinte, daß dieses Opfer verdammt groß sei.

Mit höflichem Dank für diese Mahnung zur Hundeversteuerung, auf die „heilig" vergessen worden sei, entließ der Meister den freundlichen Nachbar. Und nun ging der Meister „diplomatisch" vor. Er rief die Gattin herbei und ersuchte sie, im Laden zu bleiben und die Kunden zu bedienen, indes er einen Geschäftsgang erledigen werde. Der Ladenkasse entnahm der Meister eine Handvoll Markstücke, steckte das Hartgeld ein und begab sich in den Hausflur.

Der hellen Schwäbin fiel sofort die Entnahme von Silbergeld auf. Sonst fingerte der Meister immer ein Goldstück aus der Ladenkasse. Die Meisterin schlich durch die Wohnstube nun auch in den dunklen Flur und wurde Ohrenzeuge, wie der Gatte dem Lehrling neun Mark übergab mit dem Auftrage, den Hund unauffällig von Hause wegzuführen, im Rathause dem Tierarzt vorzuzeigen und die Hundesteuer zu bezahlen. „Paß auf, Guschtävle: das neue Steuerzettele, das neue Zeichen und den Hund bringscht dann gloich wieder hoim! Hascht verstande, Guschtävle?" — „Ja, Moischter! Aber . . .!" — „Halt's Mäule, Guschtävle, und tu, wie ich g'sagt han!" Und der Meister stapfte aus dem Hause.

Eine energische Hand faßte den Lehrling am Rockkragen und zog Guschtävle in die Wohnstube. „Paß auf, Guschtävle, was ich, die Moischterin, sag! Du nimmscht jetzo den Hund und führst ihn zum Wasenmoischter, verstande! Der Wasenmoischter soll den Dachspudelmops abschlage! Das koschtet eine Mark Gebühr! Da hascht die Mark! Und fufzig Pfennig dazu, die schenk ich dir zum Dank dafür, daß du alles so besorgst, wie ich g'sagt han! Geschehe muß, was ich will, denn ich bin die Moischterin, die Frau vom Haus! Das merk dir! Tuscht du nit so oder anderscht, so verhau ich dich und jag dich aus 'm Haus! Hascht mich verstande?" — „Ja, Moischterin! Ich werd alles besorge!" — „Das wird dein Glück sein! Und nun marsch dich! Nimm den Hund und verschwind zum Wasenmoischter! Und komm bald, ohne Hund, wieder heim!"

Guschtävle gehorchte. Unangenehm war ihm der Auftrag der Meisterin ja nicht. Aber schwer fiel auf die Lehrlingsseele die bange Frage, was der Meister sagen werde. . . . Noch schwieriger war die Frage zu beantworten, wem Gehorsam zu leisten sei: dem Lehrherrn oder der Meisterin? Guschtävle führte den Dachspudelmops an der Leine und strengte das Lehrlingsgehirn aufs äußerste an, wie bisher noch nie im jungen Leben. Und mit Erfolg, denn es glückte, einen Entschluß zu fassen, der nach Guschtävles Meinung den drangsalierten Lehrling unter allen Umständen vor Vorwürfen und Schlägen sichern wird und muß. Nach Umfluß von reichlich zwei Stunden kehrte Guschtävle ins Bäckerhaus zurück, ruhigen Herzens. Die Meisterin fragte sofort, ob ihr Auftrag ausgeführt worden sei.

„Ja, Moischterin! Aelles besorgt!" — „Gut! Bischt e braver, g'schoiter Bub! Sollst e Häfele Spätzle extrig kriege zum Mittagesse!"

Knapp vor Tischzeit kam der Meister vom Frühschoppen heim, und sofort forderte er vom Lehrling die Steuerquittung und das neue Hundezeichen. Gehorsam und demütig lieferte Guschtävle diese Steuerdokumente ab. „Brav! Bischt e verlässiger Bub! Aber wo ischt denn der Hund?" Gedrückten Tones erwiderte Guschtävle: „Der Hund ischt beim Wasenmoischter!" — „Wie? Was? Bischt du bei Trost? Was hascht denn g'macht, du dummer Saubub?"

„Aelles hab' ich b'sorgt, wie's mir ang'schafft worde ischt! Ich han, wie der Moischter befohle hat, den Hund angemeldet und versteuert! Das Steuerzettele und das Zoiche hat der Moischter ja in Händen! Dann han ich, wie die Moischterin befohle hat, den Hund zum Wasenmoischter g'führt und han die Gebühr fürs Abschlage bezahlet! Das Fünfz'gerle, so mir die Moischterin geschenket hat, kann der Moischter habe, wenn er es wöllet!"

Ein Weilchen starrte der Meister den Lehrling in völliger Verblüffung an. Dann aber bestätigte er, daß Guschtävle der dümmste Kerl des ganzen Königreiches sei. Die Meisterin bejammerte den Verlust der so zwecklos ausgegebenen neun Silberlinge, und dann schloß sie sich der Meinung ihres Gatten bezüglich der Charakterisierung Guschtävles an. Handgreifliche Justiz übten die Kinder des Hauses an dem Hundemörder Guschtävle, der unter den Püffen zur bitteren Erkenntnis gelangte, daß selbst Salomo es dem Bäckermeister nicht recht machen könne.

Das mißlichste war aber, daß Meister und Meisterin Guschtävles Prachtleistung ausplauderten, wodurch der Lehrling zum Gespött der ganzen Stadt wurde, sich im Orte nicht mehr halten konnte und anderswo einen Lehrlingsposten suchen mußte. So geschehen im Januar in einem Städtle des bayerischen Schwabenlandes.

Der preußische Etat im Abgeordnetenhause.

(108. Sitzung.) RK. Berlin, 16. Januar.

Finanzminister Hergt brachte den Staatshaushalt für 1918 ein und trat damit zum erstenmal seit seiner Ernennung vor das Parlament. Er bemerkte, die Bilanz schließe zu unseren Gunsten ab. Wir werden durchhalten. Glänzend stehen wir da mit den unvergleichlichen Ruhmestaten unserer Heere und unserer Flotte. Der Friede sei auf dem Marsch und werde auf dem Marsch bleiben. Im großen und ganzen hat der Bau der preußischen Finanzen allen Kriegsstürmen getrotzt. Freilich werden neue Einnahmequellen erschlossen und bei den Ausgaben mit größter Sparsamkeit gewirtschaftet werden müssen. Neue Steuern im Reich und in Preußen sind notwendig. Der steigende Fehlbetrag der Eisenbahnverwaltung soll durch eine Erhöhung der Tarife ausgeglichen werden, die vorläufig nur als vorübergehende Kriegszuschläge gelten sollen.

Der Etat für 1918

ist mit **6½ Milliarden Mark** in Einnahmen und Ausgaben **um 1,4 Milliarden Mark höher als der laufende Etat.** Diese enorme Erhöhung ist auf die allgemeine Steigerung der Ausgaben, aber auch auf eine etatstechnische Änderung zurückzuführen, **die Beamtenzulagen sind eingearbeitet,** auch der Betrag für den Staatskommissar für Volksernährung usw. Die **Schatzanweisungen** sind nicht schwebende, sondern dauernde Schulden und ihre Tilgung war deshalb in den Etat aufzunehmen.

Die genauen Zahlen für den Abschluß des Staatshaushaltsplans sind in Einnahme und Ausgabe 6 546 699 278 Mark. Die Schlußsummen erhöhen sich gegen den Haushalt des laufenden Rechnungsjahres um 1 385 933 557 Mark.

Der gewaltige Etat zeigt, welches großes Interesse der Staat an dem Verständnis und der Zuverlässigkeit seiner Beamten hat. Wir brauchen tüchtige Beamte, die Vorbedingung dazu aber ist eine

Besoldungsreform.

Einstweilen haben wir wenigstens für die durch den Krieg besonders schwer betroffenen Diätare etwas getan. (Beifall.) Neue Aufgaben sind in der Bevölkerungspolitik, der Kleinwohnungsfürsorge und der Säuglingsfürsorge entstanden. Für eine Besserung der Wohnungsverhältnisse der Minderbemittelten sind große Beträge bereitgestellt. Das Gesetz von 1917 über die Erhöhung der Steuerzuschläge sah vor, daß, wenn der Krieg am 1. April 1918 noch dauert, zum drittenmal

die erhöhten Zuschläge

erhoben werden sollen. Sollte auch der Krieg bis dahin zu Ende sein, so muß doch durch ein neues Gesetz, wenn nicht etwa die organische Neuregelung des ganzen Steuerwesens inzwischen durchgeführt sein sollte, für die Weitererhebung dieser erhöhten Zuschläge Vorsorge getroffen werden, die wir nicht entbehren können. Die Zukunft der Steuerergebnisse ist ungewiß. Ein wichtiges Moment ist die Steuermoral. Bei dem enormen Steuerdruck kann jetzt jeder verlangen, daß in Stadt und Land gleichmäßig veranlagt wird. (Beifall links.) Die Frage hängt eng zusammen mit der Verwaltungsreform.

Unser allerherzlichster Wunsch ist, daß der Friede bald kommt. Wenn der Etat von 1918 ein echter und rechter Friedensetat sein wird, wird er einen Markstein in der preußischen Finanzgeschichte bilden. Wenn die Gegner es aber anders wollen, wenn sie wollen, daß der Krieg auch noch weit in das Jahr 1918 hineindauert, so sollen sie wissen, daß wir auch darauf gerüstet sind. In Preußen wird es so bleiben, wie es immer gewesen ist: das Land wird sein eine Stätte des regsten Wirtschaftslebens. Unter Zuhilfenahme der alten soliden Finanzgebahrung werden wir über alle Schwierigkeiten der Zukunft hinüberkommen. (Lebhafter Beifall.)

Über die Vereinfachung der Verwaltung

verhandelt darauf das Haus weiter in zweiter Lesung. Abg. **Künzer** (natl.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Die Instanzen sollen vermindert und Beamte erspart werden, die sich auch auf die Genehmigungspflicht zu Gemeindebeschlüssen beziehen.

Abg. v. **Bockelberg** (kons.): Die Vorschläge des Ministers sind im Ausschusse sehr sorgfältig geprüft worden. Man hatte auch Bedenken, weil man in vielen von ihnen eine angebliche Minderung des Rechtsschutzes erblickte. Leider ist zu unserem Bedauern eine Bestimmung verschwunden, die den Rechtsgang bei polizeilichen Verfügungen wesentlich vereinfacht hätte.

Von den weiteren Rednern wurde der Zweck der Vorlage gebilligt, nur dürfe der Rechtsschutz des Publikums nicht darunter leiden. Die Vorlage wurde dann in allen drei Lesungen angenommen.

Die fortgesetzte Aussprache über das Frauenwahlrecht wurde beendigt. Angenommen wurden die Ausschußanträge, nach denen Frauen in städtische Deputationen für soziale Fürsorge und Wohlfahrtspflege gewählt werden können, ebenso der Zentrumsantrag zur Wahl von Frauen in Schulkommissionen. Alle anderen Anträge wurden abgelehnt. Nächste Sitzung Sonnabend 19. Januar.

*

Das preußische Herrenhaus

hielt nur eine kurze Sitzung ab, in der außer dem Gesetzentwurf über die Staatsbank eine Reihe von Notverordnungen und Rechnungssachen ohne Erörterung genehmigt wurden. Die Staatsregierung hat dem Herrenhause einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der das Enteignungsrecht in der Ostmark zum Zweck der Stärkung des Deutschtums aufhebt. Das Haus überwies diesen Gesetzentwurf einem besonderen Ausschuß von 25 Mitgliedern.

Ein Antrag zum Friedensschluß

ist von den Mitgliedern Grafen Behr, Keyserlingk und York eingegangen. In dem Antrag wird die Zuversicht ausgesprochen, daß die Staatsregierung auf einen Frieden hinwirken wird, bei dessen Abschluß dem Deutschen Kaiser die in der Reichsverfassung vorbehaltenen Rechte voll gewahrt werden. Dieser Friede müsse den gebrachten Opfern, den Bedürfnissen der militärischen Sicherung und den politischen und wirtschaftlichen Lebensinteressen des Vaterlandes gerecht werden.

Der Antrag soll demnächst besprochen werden. Das Haus vertagt sich auf morgen. Auf der Tagesordnung stehen Ausschußberichte und Petitionen.

Das neue Kurland.

Eine Erklärung für den Anschluß an Deutschland.

Zwischen der russischen Delegation von Brest-Litowsk und den Vertretern Deutschlands ist kürzlich eine lange Debatte über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und über den Abstimmungsmodus entbrannt. Es ist angesichts dieser Verhandlungen nicht uninteressant, die Entschließung kennenzulernen, die der Landtag der kurländischen Ritter- und Landschaft hinsichtlich seines Anschlusses an Deutschland gefaßt hat. Es heißt darin u. a.: In der aus einigen 80 Abgeordneten bestehenden Landesversammlung wurde einstimmig [illegible] deutschen und lettischen Vertretern eine Entschließung angenommen, die besagt, daß sie vertrauensvoll die Geschicke Kurlands in die Hände des Deutschen Kaisers und seines mächtigen Reiches legen. Gleichzeitig wurde die Ober-Ost-Regierung gebeten, dieser Landesversammlung zu gestatten, aus ihrer Mitte einen Landesrat zu wählen, der gemeinsam mit den Vertretern der Regierung die zukünftige Verfassung des Landes ausarbeiten sollte. Die Ober-Ost-Regierung hat diesem Wunsche Rechnung getragen, und es erfolgte demnächst die Wahl dieses Landesrates, die in der Form vor sich ging, daß die Vertreter des Großgrundbesitzes ebenso wie die Vertreter der lettischen Landesbevölkerung und die Vertreter der Städte aus ihrer Mitte die Kandidaten zum Landesrat ernannten, worauf diese dann einstimmig gewählt wurden. Auch unter den Vertretern der Städte sind Letten sowohl in die Landesversammlung, wie auch in den Landesrat gewählt worden. Man darf also wohl behaupten, daß die so gewählten Vertreter die Stimmung des Landes zum Ausdruck zu bringen vermögen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Wie verlautet, sind die neuen Steuervorlagen,** die noch im Laufe dieses Monats dem Bundesrat zugehen werden, im Februar, spätestens im März im Reichstag zu erwarten. Ursprünglich war beabsichtigt, im Sommer dieses Jahres die große Reichsfinanzreform vorzunehmen und bis dahin keine neue Steuervorlage zu bringen. Mit Rücksicht darauf aber, daß sich das Ende des Krieges einstweilen noch nicht absehen läßt, hat man sich entschlossen, ein paar neue Steuern vorwegzunehmen. Über ihren Inhalt wird einstweilen strengstes Schweigen bewahrt.

✚ **Dem bayerischen Landtage** ist die in der Budgetrede des Finanzministers angekündigte Vorlage zur Fortführung der Reform der direkten Steuern zugegangen. Die Vorlage bringt sieben Gesetzentwürfe, nämlich den Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes, eines Gesetzes zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes, eines Gesetzes zur Abänderung des Haussteuergesetzes, eines Gesetzes zur Abänderung des Umlagengesetzes, eines Gesetzes zur Abänderung des Kapitalrentengesetzes, eines Gesetzes zur Abänderung des Einführungsgesetzes und endlich eines Gesetzes zur Abänderung der Kirchengemeindeordnung und der beiden Gemeindeordnungen für die Landesteile rechts und links des Rheins. Die Vorlage trägt in ihrer Gesamtheit sozialen Gesichtspunkten Rechnung.

Holland.

× **Der Entwurf der Lebensmittelzuteilung** ist fertiggestellt und wird zunächst auf Butter und Margarine, aber möglicherweise auch auf andere Artikel, wie Tee, Fleisch und Käse angewandt werden, falls er Erfolg hat. In Butter besteht wirklicher Mangel, andere Artikel werden künstlich zurückgehalten. Die eigentlichen Beschwerden der Arbeiterklasse richten sich dagegen, daß die Preise von Waren, die im Überfluß vorhanden sind, in die Höhe getrieben werden, und gegen Ungleichheiten der Verteilung.

Rußland.

× **Die Lage in Rußland** wird mit jedem Tage ungewisser. Wenn auch die Maximalisten hier und da an Macht gewinnen, so wächst doch auch der Widerstand. Ein Zeichen dafür ist das Attentat, das auf Lenin verübt wurde. Als er eine Abteilung der sozialistischen Roten Garde, die zur Front abging, begleitet hatte und im Automobil zurückkehrte, wurden auf dieses vier Revolverschüsse ohne Erfolg abgefeuert. Lenin blieb unverletzt. — Auf der andern Seite führt die maximalistische Regierung das Regiment mit strenger Hand. So ließ sie den rumänischen Gesandten verhaften, weil er sich an Umtrieben gegen die maximalistische Regierung beteiligte.

Amerika.

× **Über die Lage der Deutschen in Uruguay** teilte der mit der Vertretung der deutschen Interessen in Uruguay beauftragte schweizerische Gesandte in Buenos Aires mit, daß die im dortigen Staatsgebiet lebenden Deutschen keinerlei Belästigungen zu befürchten haben, sich vielmehr hinsichtlich ihrer Personen und ihres Eigentums derselben verfassungsmäßig gewährleisteten Sicherheit erfreuen wie alle anderen Einwohner des Landes.

Aus In- und Ausland.

Bautzen, 16. Jan. Die Reichstagsersatzwahl im Kreise Bautzen-Kamenz ist auf den 25. Januar festgesetzt worden.

Stuttgart, 16. Jan. Der Gesundheitszustand des Vizekanzlers v. Payer hat sich soweit gebessert, daß Herr von Payer voraussichtlich noch in diesem Monat seine Tätigkeit in Berlin aufnehmen wird.

Basel, 16. Jan. Wie verlautet, ist die Exzarin in Tobolsk geisteskrank geworden.

Bern, 16. Jan. Wie aus Melbourne (Australien) berichtet wird, ist Hughes erneut mit der Kabinettsbildung betraut worden.

Aus dem Hauptausschuß des Reichstages.

Berlin, 16. Januar.

Im Hauptausschuß des Reichstages kam heute die Zwangsklaudation in Elsaß-Lothringen zur Besprechung. Die Verhandlungen wurden vertraulich geführt. Es ist eine Entschließung von den Abgg. Trimborn, Erzberger, Krings, Reiffenberg usw. vom Zentrum vorgelegt worden, die verlangt, der Reichskanzler möge beschließen, daß Maßnahmen zur Einrichtung einer Aufsicht des Reiches über die Naturschätze (Kohlen, Erze usw.) im Interesse der Allgemeinheit gegen die Syndikate getroffen werden.

Wie es heißt, wird der Hauptausschuß die große politische Debatte über die Kriegsfragen in den nächsten Tagen noch nicht beginnen, zumal der Reichskanzler seine angekündigte Rede im Hauptausschuß vielleicht erst in der nächsten Woche halten wird, wahrscheinlich erst nach weiterem Vorwärtsschreiten der Brest-Litowsker Verhandlungen.

Der Hauptausschuß wird sich voraussichtlich morgen und in den folgenden Tagen mit Zensurfragen beschäftigen.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 18. Januar.

Sonnenaufgang	8[04]	Mondaufgang	10[00] V.
Sonnenuntergang	4[17]	Monduntergang	—

1701 Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg nimmt als Friedrich I. die Königswürde an. Stiftung des Schwarzen Adlerordens. — 1867 General Otto v. Below geb. — 1871 Proklamation von Versailles: Wilhelm I., König von Preußen, wird Deutscher Kaiser. — 1873 Englischer Romanschriftsteller Edward Bulwer gest. — 19[illegible] Kämpfe in [illegible] und Putnatal (Rumänien).

* **Turnverein Warmbrunn.** Gestern abend fand die Generalversammlung des Vereins im „Weißen Adler" statt. Der Vorsitzende, Herr Fremdenheimbesitzer Schmidt, sprach den Glückwunsch zum neuen Jahr aus in der Hoffnung, daß nun endlich das Jahr 1918 uns den Frieden bringen möge; ferner begrüßte er den auf Urlaub weilenden Turnbruder Herrn Feldwebel Pohl und teilte offiziell mit, daß dem stellvertretenden Vereinsvorsitzenden, Herrn Urban, Ende Dezember der Ehrenbrief der Deutschen Turnerschaft überreicht worden sei. Ein dreifaches Gut Heil wurde hierauf den Turngenossen ausgebracht. Es folgte die Erledigung der Tagesordnung. Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende, da im verflossenen Jahre der Schriftführer wegen Heeresdienst fehlte, dieser daher nicht in der Lage war, einen ausführlichen Bericht zu erstatten; er war daher sehr kurz und erwähnte, daß der Verein 11 Monatsversammlungen und eine Generalversammlung abhielt. Den Kassenbericht brachte Herr Fleischer; nach demselben hatte der Verein eine Einnahme von 719,89 Mark, eine Ausgabe von 598,77 Mark, sodaß ein Bestand von 121,12 Mark verblieb. Männliche Mitglieder hatte der Verein zu Beginn des Berichtsjahres 141, hinzutraten 7, es schieden aus 10, sodaß zu Beginn des neuen Jahres 138 vorhanden waren, von denen 79 im Felde stehen. Weibliche Turnerinnen waren zu Beginn 16, hinzutraten 2, es schieden aus 8, Bestand 10 Mitglieder. Der Verein zeichnete zur Kriegsanleihe bisher 1 300 Mark. — Turnwart Rabel berichtete über die Tätigkeit des Vereins. Leider sei durch den Abgang der Turner für den Heeresdienst wenig Ersatz gefolgt. Die Fortbildungsschule, die den Turnunterricht obligatorisch einführte, kommt für den Verein leider nicht mehr inbetracht, da deren Schüler nicht mehr zum Turnen erscheinen; nur einige Freiwillige haben sich der Zöglingsriege angeschlossen. Die Schülerabteilung mußte wegen rüpelhaften Betragens der Teilnehmer gegen die Vorturner aufgelöst werden. Die Männerabteilung zählt gegenwärtig 8 Turner, die Zöglingsabteilung deren 12, die Damenabteilung turnt mit 12 Mitgliedern. Geturnt wurde an 87 Turnabenden von 1317 Turnern, gleich 15 pro Abend. Besucht wurden 3 Bezirksturnerstunden von insgesamt 15 hiesigen Turnern. Der Verein nahm an verschiedenen Veranstaltungen patriotischer Art tätigen Anteil durch Turnen und Reigen. Der Turnplatz wurde fleißig benutzt. Es fand ein Faustballspiel statt, am 2. September wurde das Gaujugendwetturnen abgehalten. Turnfahrten fanden statt am Himmelfahrtstage und am 1. Pfingstfeiertage. Den Heldentod starben Zögling Jäger Georg Brendel und und Pionier Karl Gebauer. Das Eiserne Kreuz erhielten Feldwebel Heinrich Pohl, Unteroffizier Wilhelm Herbst, Jäger Georg Weißig und Kanonier Friedrich Tschöpe. Die Turnstunden wurden am meisten besucht durch Conrad Babatz mit 75 und Arthur Käse mit 72 Abenden. Bei den darauf folgenden Wahlen wurde der bisherige Vorstand durch Zuruf wiedergewählt. Es gehören demselben an: Schmidt, Rabel, Fleischer, Urban, Wiesner, Mühle, Dersch, Tschöpe und Seifert. Aufgenommen wurden 5 neue Mitglieder. An Kaisers Geburtstag wird der Verein eine größere Feier veranstalten, für die ein schönes Programm vorgesehen ist. Es werden neben turnerischen Vorführungen Reigen, Duette, Konzert der Jägerkapelle, Sprechvorträge und ein reizendes Festspiel aufgeführt werden. Der Eintrittspreis ist auf 1 M. (num.) und 50 Pf. festgesetzt worden. Nach Absingung von Turnerliedern fand der Schluß der Versammlung statt.

* **Landhaus-Lichtspiele.** Aus dem reichhaltigen Programm der Landhaus-Lichtspiele, welches nur am Sonntag, den 20. d. Mts. zur Vorführung gelangt, ist besonders das 3aktige Lustspiel: „Ein helles Mädchen" mit der reizenden Künstlerin: „Erika Gläßner" in der Hauptrolle, hervorzuheben. Als zweiter Hauptschlager sei das hervorragende Drama: „Glaube an mich" zu erwähnen. Ein großer Heiterkeitserfolg erzielt der Film: „Heldentenor" (Knoppchen) in der Hauptrolle. Sein frischer Humor wirkt auf das Publikum so erheiternd, daß jeder Lacher auf seine Kosten kommt. (Siehe Anzeige).

* **Kostenfreie Unterrichts-Kurse** zur Erlernung der engl., franz. Sprache, einf., doppelt. Buchführung, Wechsellehre, Handels-Korrespondenz, Rechnen und Stenographie, finden in diesem Semester an der Handelsschule Reil statt. Auswärtige erhalten den Unterricht nach genauer Anleitung schriftlich. Freie Wahl der einzelnen Fächer. Kostenfreie Ueberwachung aller Arbeiten. Am Schlusse eines jeden Faches erhalten die Schüler ein Zeugnis. Die zum Unterricht nötigen Materialien hat sich jeder Teilnehmer selbst zu beschaffen. Weitere Kosten als Porto entstehen nicht. Anfragen, unter Beifügung des Rückportos, sind an das Sekretariat der Handelschule Reil, Inh: Jahn, Berlin W., Bülowstr. 29. zu richten.

* **Gefunden.** 4 Schlüssel, 1 Schlüsselbund, 2 Geldbeträge, 1 Portemonnaie, 1 Handtasche, 1 Paar Handschuhe, 1 Wollhandschuh, 1 Brille, 1 Stock, 1 Herrenuhr, 1 Schlittenglocke.

* **Ferienzeiten.** Die Ferien für das Schuljahr 1918-19 sind durch den Oberpräsidenten für die dem Königlichen Provinzial-Schulkollegium Breslau unterstellten Unterrichtsanstalten wie folgt festgesetzt worden: Osterferien: Schulschluß Mittwoch, 27. März, Schulanfang Donnerstag, 11. April, Pfingstferien: Freitag, 17. Mai bis Freitag, 24. Mai, Sommerferien: Freitag, 19. Juli bis Donnerstag, 22. August, Herbstferien: Sonnabend, 28. September bis Mittwoch, 9. Oktober, Weihnachtsferien: Sonnabend, 21. Dezember bis Mittwoch, 8. Januar 1919, Schluß des Schuljahres: Mittwoch, 9. April 1919.

* **Angefrorene Kartoffeln** sind bis zum Verbrauch kalt zu lagern, damit sie unter keinen Umständen auftauen. Vor dem Gebrauch sind sie 12—20 Stunden, je nach dem Grade der Gefrierhärte, in kaltes Wasser zu legen, das möglichst ein- auch mehreremale erneuert werden soll. Die Kartoffeln dürfen dann nicht geschält werden, sondern sie sind in der Schale zu kochen. Sie verlieren durch diese Behandlung ihren süßen Geschmack und sind nicht [illegible] Kartoffeln vollständig gleichwertig. Unter allen Umständen dürfen gefrorene Kartoffeln nicht etwa als ungeeignet weggeworfen werden, sondern sind, wie vorstehend angegeben zu behandeln. Es wird auch keine Erlaubnis erteilt, den durch Frost erlittenen Verlust von Kartoffeln durch Neuanbau wettzumachen.

Volks- und Kriegswirtschaft.

✱ **Herabsetzung der Tabakskontingente.** Wie die Deutsche Tabakszeitung meldet, sind laut Beschluß des Arbeiter-Ausschusses der Deutschen Tabakshandelsgesellschaft und unter Zustimmung der Reichskommissare vom 1. Februar ab die Kontingente bei Zigarren-, Kau- und Schnupftabaksherstellung von 60 auf 40 %, bei Rauchtabaksherstellung von 50 auf 40 % herabgesetzt.

✱ **Die bevorstehende Herabsetzung der Getreidepreise.** In der letzten Zeit finden sich in der Presse hin und wieder Notizen über die für den 1. März 1918 vorgesehene Herabsetzung der Getreidepreise um 100 Mark für die Tonne, nach denen in den beteiligten Kreisen die Meinung zu herrschen scheint, daß diese Preisherabsetzung nur als Drohung ins Auge gefaßt worden sei, möglicherweise aber nur in gemilderter Form oder gar nicht eintreten werde. Diese Ansicht ist durchaus unzutreffend, wie amtlich festgestellt wird. Vielmehr ist die am 1. März 1918 eintretende Herabsetzung der für Getreide, Buchweizen, Hirse und Hülsenfrüchte zurzeit geltenden Höchstpreise um je 100 Mark für die Tonne gesetzlich bereits festgelegt worden. Die Landwirte haben sich also unbedingt darauf einzurichten, daß der Preisabschlag mit dem 1. März eintritt; es liegt daher in ihrem eigenen Interesse, soviel wie möglich bis zu diesem Zeitpunkt abgeliefert zu haben.

✱ **Nur noch 125 Gramm Seifenpulver.** Nach den bisherigen Bestimmungen entfielen auf die Seifenkarte in einem Monat 50 Gramm Feinseife und 250 Gramm Seifenpulver. Jetzt setzt eine neue Verordnung des Reichskanzlers mit Wirkung vom 14. d. M. die Seifenpulvermenge auf nur 125 Gramm monatlich herab. Begründet wird diese Herabsetzung damit, daß die für Seifenpulver nötigen Sodamengen fast ausschließlich von der Heeresverwaltung in Anspruch genommen werden.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Urkundenfälschung durch eine Todesanzeige.** Eine kriegsgetraute junge Frau in Iserlohn, die sich in ihren an die Heirat geknüpften Hoffnungen bitter getäuscht sah, übersandte vor einiger Zeit ihrer Schwiegermutter ihre eigene Todesanzeige, um auf diese Weise von der Mutter des Mannes loszukommen. Die Schwiegermutter erschien jedoch unerwartet mit einem Kranz zur Teilnahme an der Beerdigung. Die Sache fand jetzt ein Nachspiel vor Gericht. Die junge Kriegerfrau muß ihre Tat, die eine Urkundenfälschung darstellt, mit einer Woche Gefängnis büßen.

§ **Wegen Bekundung deutschfeindlicher Gesinnung verurteilt.** Das Kriegszustandgericht in Bromberg verurteilte den Fleischer August Welk aus Berlin wegen Bekundung deutschfeindlicher Gesinnung zu sechs Wochen Gefängnis. Der Verurteilte wurde sofort in Haft genommen.

Nah und Fern.

o **Schneestürme in Ost- und Westpreußen.** Im Weichselgebiet sind ungeheure Schneemengen niedergegangen, so daß die meisten Landstraßen unpassierbar sind. In den Forsten entstehen erhebliche Schäden infolge zahlreicher Schneebrüche. Aus allen Teilen Westpreußens und Ostpreußens laufen fortgesetzt neue Meldungen über Todesfälle durch Schneestürme ein; es werden schon weit über 50 Opfer gezählt.

o **Skandal in der Dessauer Stadtverwaltung.** Der Oberbürgermeister Dr. Ebeling in Dessau ist wegen der gegen seine Geschäftsführung erhobenen schweren Vorwürfe von seinem Amte zurückgetreten. Vor einigen Wochen wurde aus dem Rathaus eine Kassette mit etwa 12 000 Mark gestohlen. Der genaue Betrag war aber mangels zureichender Buchung nicht zu ermitteln. Ein Sekretär wurde verhaftet, und erst dabei wurde festgestellt, daß dieser 70 000 bis 80 000 Mark unterschlagen hatte. In mehreren erregten Stadtverordnetensitzungen kam es dann zu schweren Vorwürfen auch gegen den Oberbürgermeister Dr. Ebeling, der seit 20 Jahren an der Spitze von Dessau steht.

o **Die Seehundjagd** betreibt man jetzt an der friesischen Küste eifriger als früher, allein schon, um Tran und Felle, die bedeutend im Preise gestiegen sind, zu erzielen. An der friesischen Küste kommen Seehunde lange nicht so zahlreich vor wie an der niederländischen, wo einige friesländische Seehundjäger im vergangenen Jahre 381 erlegt haben.

o **Schuhe für Fettwaren.** In einem Schuhgeschäft zu Dortmund wurden von der Polizei 70 Paar gute Damenschuhe beschlagnahmt, die von dem Inhaber nur an solche Kunden abgegeben wurden, die Butter, Speck u. dgl. einzutauschen hatten. Die Schuhe sollen zu Normalpreisen an die minderbemittelte Bevölkerung abgegeben werden.

● **Die größte Kälte seit Menschengedenken** ist in Südnorwegen eingetreten. Das Thermometer sank in einzelnen Gegenden bis 48 Grad, und im Gebirge sollen die Temperaturen teilweise noch niedriger gewesen sein. An vielen Stellen fror das Quecksilber ein, so daß die Thermometer sprangen.

o **Ein weiblicher Bezirksvorsteher.** Seit einigen Tagen wirkt in Königshütte in Oberschlesien eine Frau als stellvertretender Bezirksvorsteher. Es ist die Gattin eines Apothekers, der in Königshütte ein Drogengeschäft unterhält und gleichzeitig das Ehrenamt eines Bezirksvorstehers verwaltete, bis er zum Heeresdienst einberufen wurde. Nun trat seine Gattin an seine Stelle und bewährte sich als Stellvertreterin im Geschäft und Ehrenamt so vortrefflich, daß ihr die Stadtverordnetenversammlung das letztere bis zur Heimkehr ihres Gatten ganz übertrug.

o **Hundert Zentner Speck nicht abgeliefert.** Gelegentlich einer Verhandlung vor dem Mainzer Schöffengericht, bei der zahlreiche Landbewohner aller Stände, Landwirte, Maurer, Schneider, Schmiede, Arbeiter, Schreiner, Geometer, sämtliche aus Ortschaften des Kreises Mainz, wegen der Nichtablieferung der Pflichtmengen von Speck aus Hausschlachtungen verurteilt wurden, wurde festgestellt, daß im Gebiet des Kreises Mainz insgesamt hundert Zentner Speck verordnungswidrig nicht von den Schlachtenden abgeliefert worden sind.

o **Beim Schneeschaufeln verunglückt.** Bei Nakle auf der Bahnstrecke Beuthen—Tarnowitz wurden beim Schneeschaufeln auf dem Eisenbahngeleise zehn Frauen von einem Güterzug überfahren. Drei wurden getötet, sieben schwer verletzt.

o **Strafanzeige gegen den bisherigen Oberbürgermeister von Dessau.** In der Dessauer Stadtverordnetenversammlung beantragte der Stadtverordnete Dr. Leonhardt die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens bei der Staatsanwaltschaft gegen den bisherigen Oberbürgermeister Dr. Ebeling wegen Wuchers und Überschreitung der Höchstpreise. Dr. Ebeling ist vor kurzem wegen der gegen seine Geschäftsführung erhobenen Vorwürfe vom Amte zurückgetreten.

● **Orkan und Kältewelle in Amerika.** Die Agentur Radio meldet aus Newyork: Die Staaten Albama und Georgia wurden durch einen Orkan verwüstet. Es gab 60 Tote und zahlreiche Verletzte. Über Nordamerika geht eine neue Kältewelle, die sich von West nach Ost ausdehnt. Man nimmt an, daß sie in Bälde auch Europa erreicht.

Vermischtes.

Eine neue Öl- und Stickstoffquelle ist, wie man der Tägl. Rundschau berichtet, durch ein neues Verfahren des Berliner Chemikers Robert Tern erschlossen worden. Es können durch dieses Verfahren die umfangreichen Sapropellager auf Öl- und Stickstoffgewinnung ausgewertet werden. Das Sapropel findet sich an sieben Stellen im Deutschen Reiche in gewaltigen Mengen vor. Es ist aus kleinen, ölhaltigen Lebewesen, die ihr Dasein im Wasser fristen, entstanden. Diese Lebewesen waren auch die Ursprungsstoffe, die an der Bildung des Erdöls, das im Laufe von Jahrtausenden aus ihnen entstanden ist, beteiligt waren. Durch das erwähnte Verfahren können nun aus dem Sapropel die bituminösen Stoffe gewonnen werden und sind dann weiter auf Montanwachs, Schmier- und Leichtöl zu verarbeiten. Bei dieser Fabrikation werden außerdem noch erhebliche Ammoniakmengen erzeugt. Ferner kann das Sapropel mittels einer recht einfachen Vorrichtung auf Seife, Bohrfett, Schmiermittel, Wagenschmiere und Walkmittel umgearbeitet werden. Alle diese Erzeugnisse sind durchaus marktfähig und entsprechen in hohem Grade den an sie gestellten Anforderungen. Eine größere Gesellschaft ist im Aufbau begriffen, die die verschiedenen Sapropellager Deutschlands nach dem Ternschen Verfahren auswerten will.

Ein Offizier wegen Kontrollhinterziehung verhaftet. In Ludwigshafen wurde ein Offizier der Linienkommandantur verhaftet, der wiederholt Frachtbriefe für bestimmte Personen unberechtigt mit dem Stempel der Linienkommandantur versah, um die Waren auf diese Weise der Kontrolle zu entziehen und rasche Beförderung sowie billige Ausnahmetarife für die Sendungen zu erwirken. In die Angelegenheit sind noch mehrere Personen verwickelt.

Kino-Gehälter. Anläßlich eines Zivilprozesses wurde dieser Tage festgestellt, daß der Wiener Künstler Hubert Marischka für seine Mitwirkung bei Filmaufnahmen ein tägliches Honorar von 100 Kronen erhalte. Aus diesem Anlaß macht ein Wiener Blatt Mitteilungen über das Einkommen der Kinosterne. Den Vogel hat wohl der Pariser Kino-Komiker Max Linder abgeschossen, der an einem Boulevard-Theater ein Monatsgehalt von 300 Frank bezog, dann aber für den Film entdeckt wurde und 1913 fast 40 000 Frank monatlich verdiente, also fast eine halbe Million im Jahr! Nicht ganz so viel verdienten der früh verstorbene Psylander, Asta Nielsen, Bassermann, Wegener usw. Über 20 000 Mark Monatsgehalt erhält die zurzeit in Berlin auftretende „Filmprinzessin" Fern Andre, die noch vor wenigen Jahren sich als kleine Drahtseilkünstlerin betätigt hat.

Ehrensalven über ein Frauengrab. Mit allen militärischen Ehren wurde in Rostock eine hochbetagte Dame zur letzten Ruhe bestattet, das im 85. Lebensjahr verstorbene Fräulein Elise Wille. Sie hatte sich während des Krieges von 1870/71 der Militärbehörde zur Verfügung gestellt. Als dann die ersten Schwerverwundeten, namentlich Bayern, eintrafen, hat sie als Pflegerin im Universitäts-Krankenhause, das als Lazarett diente, mit größter Pflichttreue ihres Amtes gewaltet. An Auszeichnungen besaß die Verstorbene das Mecklenburgische Militärverdienstkreuz, das Bayerische Militärverdienstkreuz, die Feldzugsmedaille und die Zentenarmedaille.

Statt jeder besonderen Meldung.

Am 15. d. Mts., früh 8 Uhr, verschied nach nur zweitägigem Krankenlager an Lungenentzündung mein lieber Gatte, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der

Lehrer emerit.

Gustav Vanselow

im 75. Lebensjahre.

Warmbrunn, den 17. Januar 1918.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Amalie Vanselow,
verw. gew. **Metzner.**

Beerdigung: Freitag, den 18. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom St. Hedwigsstift aus.

Beileidsbesuche dankend abgelehnt.

Zeitungsausträgerin
für Ober-Herischdorf
sofort gesucht
Nachrichten und Tageblatt.

Landhaus-Kino
Warmbrunn.
Nur Sonntag, d. 20. Jan., ab 3-10 Uhr.

Prachtvolles Glässner-Programm!

Kaiser Franz Josef I. auf der Gemsjagd.
Hochinteress. Aufnahmen.

An schäumenden Flüssen.
Wundervolle Naturbilder.

Heldentenor Knoppchen.
Urkomische Burleske.

Erika Gläßner-Schlager!
Ein helles Mädchen
Entzückendes Lustspiel in 3 Akten mit der reizenden Künstlerin „Erika Gläßner" in der Titelrolle.
(Für Jugendliche genehmigt.)

Glaube an mich
Spannendes Drama. 3 Akte
Ein Film, der sich durch erstklassige Darstellung und prächtige Photographie auszeichnet.

Sonntag nachmittag von 3—5 Uhr ganz besonders reichhaltiges Kinderprogramm, Von 5—10 Uhr das Hauptprogramm. Nur für Erwachsene.

Preise der Plätze zur Kindervorstellung: 15, 20, 25 und 30 Pfg. Preise der Plätze für Erwachsene: 40, 50, [illegible] und 100 Pfg.
Hochachtungsv. Fr. M. Grabs.

Lauf-Bursche
bei freier Station und Gehalt sofort gesucht.
Buchdruckerei Oberschreiberhau.

Pianino
zu leihen gesucht, sorgfältigste Behandlung zugesichert.
Gefällige Angebote unter „Pianino" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Husten, Atemnot
Verschleimung
Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreite.
Frau Kürschner, Hannover, Osterstraße 40. — Rückmarke erwünscht.

Vorschriftsmäßige
Fremden-An- und Abmelde-Formulare
sind vorrätig in
P. Fleischer's Buchdr.,
Voigtsdorferstraße 2.

Visitenkarten liefert schnell P. Fleischer

Visitenkarten liefert schnell und billig Buchdr. Fleischer.

Am 15. Januar verschied infolge Lungenentzündung unser lieber treusorgender Vater, Schwiegervater und Großvater

Lehrer und Kantor, Herr

Gustav Vanselow

im 75. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Breslau, den 17. Januar 1918
Gustav Freitagstrasse 25.]

Im Namen aller Geschwister u. Anverwandten
Bruno Vanselow, als Sohn.

Schutz-Mappen
für Lebensmittelmarken empfiehlt
zum Preise von **30** Pfennig
Paul Fleischer's Buchdruckerei.

Sie haben Recht ??
wenn Sie sagen Inserieren kostet Geld
Wenn Sie aber behaupten, daß Ihnen die Inserti on keine geschäftlichen Erfolge bringt
dann haben Sie nicht Recht!